

Antrag 7 – AUGÉ/UG

Rücknahme Halbierung der Flugabgabe - mehr Engagement für eine europaweite/internationale Besteuerung von Kerosin

Der Antrag wurde dem BAK-Vorstand zur Behandlung zugewiesen und wie folgt behandelt:

Hintergrund

Die Flugabgabe wurde am 1. April 2011 eingeführt, um – im Einklang mit dem wichtigen Wirtschaftspartner Deutschland – die steuerliche Begünstigung des Flugverkehrs gegenüber anderen Verkehrsmitteln (insb. der Bahn) zu reduzieren. Sie wurde ursprünglich auf 8 Euro für die Kurzstrecke, 20 Euro für die Mittelstrecke und 35 Euro für die Langstrecke festgelegt. 2013 wurden die Tarife für die Kurz- und Mittelstrecke auf 7 beziehungsweise 15 Euro gesenkt. Im März 2017 wurde schließlich vom Nationalrat – mit Stimmen sämtlicher Parteien mit Ausnahme der Grünen – beschlossen, ab 1.1.2018 sämtliche Werte zu halbieren. Begründet wurde dies mit einer Erhöhung der Standortattraktivität in einem veränderten europäischen Wettbewerbsumfeld und der Sicherung der Funktion des Flughafens Wien als internationales Drehkreuz. Die Halbierung wurde planmäßig umgesetzt.

Antrag der AUGÉ/UG

Die AUGÉ/UG fordert eine Rücknahme der Halbierung der Flugabgabe und mehr Engagement für eine europaweite/internationale Besteuerung von Kerosin. Begründung: Der Flugverkehr wird durch die Steuerbefreiung von Kerosin und die Umsatzsteuerbefreiung von internationalen Flugtickets massiv subventioniert, die Bahn hat dadurch im Kurzstreckenverkehr einen Wettbewerbsnachteil. Darüber hinaus entgehen dem österreichischen Fiskus Hunderte Millionen Euro an Steuereinnahmen. Das Argument eines Wettbewerbsnachteils für die österreichische Luftfahrtindustrie sieht man seitens der AUGÉ/UG durch das steigende Passagieraufkommen am Flughafen Wien (2016/17 +4,5 Prozent) entkräftet.

Der BAK Vorstand hält fest, dass eine europäisch oder international akkordierte Lösung zur Besteuerung von Kerosin jedenfalls zu begrüßen wäre, um mehr Kostenwahrheit im Verkehr zu schaffen und den Klimaschutz im Verkehrssektor voranzutreiben. Kommt keine europaweite Lösung zustande, muss über eine standortschonende nationale Lösung diskutiert werden.